



HESSEN

LANDESJOURNAL

VORWORT

Im Alltag angekommen: Belastungen der Polizei steigen zusehends, deshalb müssen wir neue Wege gehen

Erinnern wir uns einmal an die Bilder von Menschen, die vor Flüchtlingsunterkünften Willkommensschilder hochhielten und die Flüchtlinge begrüßten. Eine breite Welle der Hilfsbereitschaft ging durchs Land und so konnte unkompliziert Hilfe geleistet und die Menschen mit Kleidung, Spielzeug und anderen Dingen versorgt werden.

Wer hätte gedacht, dass der Flüchtlingsstrom nach Mitteleuropa nicht abreißen würde und wir jeden Tag aus dem politischen Berlin neue Zahlen erhalten. Der Winter steht vor der Tür und wir müssen dafür sorgen, dass die Asylsuchenden Menschen winterfeste Unterkünfte erhalten. Für viele Kommunen eine scheinbar nicht lösbare Aufgabe.

Auf der anderen Seite steht die Abarbeitung der Asylanträge. Die zuständigen Stellen sind völlig überlastet und die Menge der Anträge ist scheinbar nicht zu bewältigen. Schon vor der neuen Flüchtlingswelle lag die Dauer der Asylverfahren in Hessen bei durchschnittlich fünf Monaten. Zusätzliches Personal ist dringend erforderlich, aber auf die Schnelle nicht zu bekommen. Unkonventionelle Wege müssen beschritten werden, um das Nötigste zu erledigen! Die temporäre Beschäftigung von Polizeipensionären kann nur eine flankierende, vorübergehende Maßnahme sein. Ziel muss es sein, wieder so viel Personal im öffentlichen Dienst in Hessen einzustellen, damit personelle Engpässe nicht mehr vorkommen!

An Orten, wo Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion auf engstem Raum zusammenleben, kommt es oft zu Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die allzu oft in Kriminalität münden. Jetzt ist die Polizei gefordert und muss nach rechtsstaatlichen Grundsätzen handeln!

Diese zusätzliche Belastung wird der Polizei aufgebürdet. Jeder weiß, dass wir uns schon jetzt am Rande des personellen Kollapses befinden. Schon seit ei-

niger Zeit mahnen wir als GdP, dass dieser Zustand nicht so weitergehen darf, und dass ungeahnte Folgen für jeden einzelnen Polizeibeschäftigten nicht auszuschließen sind.

Belastungsgrenzen sind überschritten! Vor knapp zehn Jahren hat die damalige CDU-geführte Landesregierung die Arbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten auf bis zu 42 Wochenstunden heraufgesetzt. Bundesweit ist dies die höchste Wochenarbeitszeit! Trotz dieser einmalig hohen Wochenarbeitszeit schiebt die hessische Polizei nach wie vor drei Millionen Überstunden vor sich her. An einen nennenswerten Abbau ist nicht zu denken – schon gar nicht durch Freizeitausgleich! Die finanzielle Vergütung der einzelnen Mehrarbeitsstunden entspricht nicht dem durchschnittlichen Anteil des Gehaltes, sondern ist ein deutlich abgespekter Betrag, der noch in drei Stufen, für mittleren, gehobenen und höheren Dienst, gestaffelt ist. Lässt sich eine Kollegin/ein Kollege Mehrarbeitsstunden finanziell vergüten, tritt spätestens dann Ernüchterung ein, wenn man im Gehaltsnachweis den ausgezahlten Betrag für 50, 100 oder 200 Stunden sieht. Die finanzielle Vergütung von Mehrarbeit schafft nicht den erforderlichen Belastungsausgleich!

Was müssen die aktiven hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten denken, wenn sie den Wert einer Mehrarbeitsstunde mit den 25 Euro Stundenlohn vergleichen, die pensionierte Polizeibeschäftigte erhalten, die derzeit die Regierungspräsidien unterstützen?

Mehrarbeitsstunden sind der Motor, der das „Fahrzeug“ Polizei noch am Laufen hält.

Zunehmende Mehrarbeitsstunden sind aber nicht das Einzige, was sich negativ auf die Beschäftigten auswirkt. Die am Koalitionstisch verordnete Nullrunde für dieses Jahr ist der deutliche Ausdruck negativer Wertschätzung gegenüber den hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten.



Ewald Gerke

Wenig Chancen auf Beförderungen!

Die beruflichen Aufstiegschancen sind ebenfalls nicht die besten. Seit der Vollendung der zweigeteilten Laufbahn sind immer noch dreiviertel der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten in der A 10, dem Eingangsstadium der Polizeilaufbahn. Hebungsprogramme waren und sind nur immer wieder ein Tropfen auf dem heißen Stein. Mit den wenigen Möglichkeiten können nicht einmal alle Funktionsdienstposten entsprechend ihrer Bewertung berücksichtigt werden. Welche Chancen eigentlich haben diejenigen, die in den Basisdienststellen bei S und K Dienst versehen?

Neben realen Beförderungschancen für alle Bereiche der hessischen Polizei ist es nach 15 Jahren an der Zeit, diese strukturell weiterzuentwickeln. Denn zweigeteilt heißt, dass ausreichend wertige Planstellen (im gehobenen und höheren Dienst) zur Verfügung stehen. Auch die Anzahl der Planstellen im höheren Dienst müssen in der Anzahl so viele sein, dass man letztendlich von einer echten zweigeteilten Laufbahn sprechen kann. Die derzeitige Realität sieht so aus, dass die Beschäftigten in

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

den Eingangssämtern hängen bleiben und keine Aufstiegschancen haben.

Aber auch bei unseren Tarifbeschäftigten ist die berufliche Wertschätzung seit Jahren schon nicht mehr vorhanden. Zwar gab es mit der Inkraftsetzung der neuen Entgeltordnung anpassungsbedingte neue Eingruppierungen, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle Tarifbeschäftigten in der Polizei gemäß ihren Tätigkeiten richtig und angemessen eingruppiert sind. Seit dem Landesdelegiertentag in Marburg 2014 fordert die GdP die Schaffung eines eigenen Berufsbildes, des/der Polizeifachangestellten! Tarifbeschäftigte sind seit Jahrzehnten in die polizeiliche Sachbearbeitung eingebunden und aus dieser nicht mehr wegzuden-

ken. Mittels permanenter Qualifizierung sollen auch die Tarifbeschäftigten für die neuen Kriminalitätsphänomene vorbereitet werden. Ebenso muss ein eigenständiger Ausbildungsberuf für einen Polizeifachangestellten geschaffen werden.

Auch die ehemaligen Polizeibesetzten, die Versorgungsempfänger dürfen nicht vergessen werden. Auch sie müssen an den Gehaltssteigerungen teilhaben und dürfen nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Gerade die jetzige Maßnahme der Unterstützung bei der Flüchtlingsproblematik zeigt, wie verbunden sie noch mit dem Polizeiberuf sind. Sie dürfen nicht länger als ein weiteres potenzielles Sparresservoir betrachtet werden.

Zukunft! Im jetzigen, in den Landtag eingebrachten Haushaltsentwurf

sind einige positive Maßnahmen für die Polizei enthalten. **Diese sind als erste Signale wichtig, aber bei Weitem nicht ausreichend. Die politisch Verantwortlichen müssen endlich erkennen, dass der Polizeiberuf in Hessen stark an Attraktivität verloren hat! Strukturelle Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit es auch in Zukunft wieder attraktiv ist, bei der hessischen Polizei Dienst zu tun.**

Zusammenarbeit! Vor wenigen Wochen wurde der 25te Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung in Frankfurt am Main gefeiert. Die Wiedervereinigung hat uns gelehrt, dass man Großes, trotz der vielen Problemstellungen, nachhaltig leisten kann. Warum gehen wir es nicht nachhaltig auch für unsere hessische Polizei an, Herr Innenminister Beuth?

Ewald Gerke

WILLKOMMENSKULTUR FÜR FLÜCHTLINGE UND ASYLSUCHENDE Justiz, Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte geraten an ihre (personelle) Grenzen!

¹„Die Landesregierung richtet im Innenministerium eine „Task Force“ für Flüchtlinge ein. Einer ihrer Hauptaufgaben: Die „schnellere Rückführung von Bewerbern, die in der Regel mangels Asylgrund vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht anerkannt werden“.

In der Flüchtlingspolitik hat die hessische Landesregierung eine „Task Force“ im Innenministerium eingerichtet. Die Experten aus Ministerien, dem zuständigen Regierungspräsidium und anderen Stellen sollen die Politik in diesem Bereich koordinieren. Dabei geht es nach Angaben der Regierung unter anderem um die „schnellere Rückführung von Bewerbern, die in der Regel mangels Asylgrund vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht anerkannt werden“.

Gemeint sind damit Flüchtlinge aus dem Kosovo und Albanien, von denen nur wenige Asyl erhalten. Außerdem befasst sich die „Task Force“ unter Leitung des Innen-Staatssekretärs Werner Koch (CDU) mit der Fra-

ge, wie Liegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen gefunden werden können. Auch um die ärztliche Versorgung der Asylbewerber gehe es, ließ das Sozialministerium wissen. Koch werde den Einsatz von Personal koordinieren!“

Mithin hat das Innenministerium gehandelt: per Erlass vom 10. August 2015 wurde verfügt, dass die in den letzten fünf Jahren pensionierten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten angeschrieben werden sollen, was zwischenzeitlich auch geschehen ist, ob diese sich eine Beschäftigung im Landesdienst, mit Schwerpunkttaetigkeit HEAE in Mittelhessen und deren zwischenzeitlich eingerichteten Außenstellen, vorstellen könnten.

²„Pensionierte Polizeivollzugsbeamte, die in den vergangenen Jahren in den Ruhestand versetzt wurden, werden durch die Behörden angeschrieben. Bei dieser Gruppe soll angefragt werden, ob sie sich vorstellen können, die Flüchtlingseinrichtungen bei Ihrer Arbeit zu unterstützen. Es würde ein Vertrag geschlossen und die Bezahlung wäre an die Arbeitszeit gebunden. Eine Fahrentschädigung gibt es voraussichtlich nicht. Die genaue Vertragsgestaltung erfolgt fallabhängig (Minijob, Arbeits-

vertrag oder ähnliches), Stundensatz bis zu 25 Euro. Der Vertragsabschluss erfolgt durch die Bedarfsmittelstelle, z.B. Regierungspräsidium Gießen.“ Mittlerweile haben sich über 100 pensionierte ehemalige Polizeivollzugsbeamte für diese Tätigkeiten gemeldet.

³„Dicht gedrängt in der voll belegten Realität“

titelt der Wiesbadener Kurier in seiner Ausgabe auf Seite fünf im August. Nachdem wir nunmehr zum zweiten Mal die Gelegenheit wahrgenommen hatten, die Polizeidirektion Gießen und das durch Polizeivollzug unterstützte Regierungspräsidium Gießen, Dezernat 23, aufzusuchen, ist die „voll belegte Realität“ Gewissheit!⁴ Die Übersichtslandkarte der Unterbringungsstätten in Hessen macht es deutlich.

Die zentrale Stelle in Gießen (HEAE) im dortigen Meisenbornweg als auch die ehemalige US-Kaserne in der Rödgener Straße sind bereits über den Kapazitätsgrenzen. Anfang Oktober 2015 leben knapp 19.000 Menschen in den Lagern, die das Land verwaltet (Quelle: FAZ vom 08.10.2015).

Im Erhebungszeitraum von drei Jahren sind die Kapazitätsgrenzen der Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE)

¹ FR-online Rhein-Main

² Erlass LPP v. 10.08.2015

³ Wiesbadener Kurier v. 18.08.2015, S. 5

⁴ Hessisches Ministerium für Soziales und Integration / FAZ net



WILLKOMMENSKULTUR FÜR FLÜCHTLINGE UND ASYLSUCHENDE

um das zwanzigfache angestiegen. Nicht auszudenken, so hört man im Kreise der Polizeibeamten, die dort die mobile Wache „rund um die Uhr“ besetzen, was geschieht, wenn der Winter kommt und alle Zelte dann voll belegt sind!

Gemeint sind damit die immer häufiger auftretenden körperlichen Auseinandersetzungen einzelner Ethnien. Unlängst kam es auch in Friedlos (Landesgrenze Niedersachsen zu Hessen) zu einer Massenschlägerei in einer niedersächsischen Flüchtlingsunterkunft. Starke hessische Kräfte unterstützen dabei die Polizei in Niedersachsen bei der Bewältigung der Lage!

Um eines klar an dieser Stelle zu sagen: die Bewältigung der weltweiten Flüchtlingsbewegung ist selbstverständlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Hier müssen (trotz des auch in dieser Angelegenheit hinderlichen Föderalismus) der Bund und die Bundesländer eng verzahnt zusammenarbeiten, um einerseits der Problematik „Herr zu werden“ und um andererseits denjenigen, die auf Grund von Kriegen oder Vertreibung in und aus ihren Herkunftsländern in Deutschland Asyl suchen zu helfen.

Nach einem rechtsstaatlichen Asylverfahren muss ein solches gewährt oder abgelehnt werden.

Dafür und für die Bereitstellung der erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen kann und darf es nicht sein, dass die Schuldenbremse Taktgeber „der mittlerweile zum Zerreißen angespannten Personaldecke“ in der Landesverwaltung ist!

⁵„Sie kommen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea oder Somalia. Politisch verfolgt, vertrieben, dem Bürgerkrieg entflohen oder einfach auf der Suche nach einem besseren Leben: Die Zahl der Flüchtlinge ist nach Angaben der Vereinten Nationen weltweit erstmals nach dem 2. Weltkrieg auf über 60 Millionen gestiegen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk unterscheidet dabei zwischen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Binnenvertriebenen. Die meisten Flüchtlinge sind Binnenvertriebene. So suchen zum Beispiel von den mehr als neun Millionen geflohenen Syrern mehr als zwei Drittel Schutz im eigenen Land, die übrigen meist in den Nachbarländern Jordanien, Libanon oder der Türkei. Ein Viertel der Flüchtlinge weltweit haben ihr Herkunftsland

verlassen, auf der Suche nach einer neuen Bleibe. Nur ein kleiner Teil dieser Flüchtlinge kommt - meist illegal - überhaupt in Europa an. 2014 waren es 625.000 registrierte Asylbewerber in der EU. Doch hier stehen sie oft vor verschlossenen Türen. An den Außengrenzen spielen sich jeden Tag dramatische Szenen ab. Der Druck auf die EU wächst, die gemeinsame Strategie zu überdenken. Dafür gilt es, gesellschaftliche, finanzielle und politische Hürden zu überwinden. Jetzt will die EU-Kommission über eine Quotenregelung Flüchtlin-



ge gerechter auf alle EU-Staaten verteilen“.

Leider konstatieren wir in der Presse, dass Bund und die Länder nicht gerade hinter verschlossenen Türen um die Beste Lösung in dieser Angelegenheit ringen.

Gegenseitige Schuldzuweisungen aus den Ländern am Bund und umgekehrt bringen nichts – kosten Kraft und schüren auch unterschwellig die Panikmache der „rechten Gesinnungsgenossen“ im Zusammenhang mit der stetig ansteigenden Zahl der Flüchtlinge!

Personalprobleme in der Landesverwaltung: Polizei, Justiz und Verwaltungen schlagen Alarm!

Wie bereits eingangs erwähnt hat die zuständige hessische Landesverwaltung auch bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ein Personalproblem! Der Einhaltung der Schuldenbremse verantwortlich, werden im Lauf dieser Legislaturperiode landesweit 1900 Stellen abgebaut. Die Hauptlast des Stellenabbaus tragen ausgerechnet auch die Regierungspräsidien, die originär bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems gefordert sind!

Dieser immense Stellenabbau und die gleichzeitigen Herausforderungen bei der Bewältigung der Flücht-

lingsproblematik passen nicht zusammen!

Gleichzeitig konstatieren die Landesbeamtinnen und -beamten die Nicht-Übertragung des Tarifabschlusses als besondere Wertschätzung ihrer Arbeit!

Motivation fällt schwer, ist sich diese Landesregierung der Priorität der Innenpolitik eigentlich bewusst?

Zuständig für die Abarbeitung der Asylverfahren sind die hessischen Verwaltungsgerichte. Davon gibt es fünf in Hessen. Nach uns vorliegenden Informationen gibt es gerade einmal zwanzig Richterinnen und Richter bei den Verwaltungsgerichten in Hessen.

Ein Teil dieser Richter muss sich mit den Anträgen der abgelehnten Asylbewerber befassen, die den Rechtsweg zu Gericht suchen.

Gesicherten Informationen nach, sehen sich die Verwaltungsrichter einer Flut von Anträgen gegenüber, die sie ohne eine personelle Verstärkung nicht bewältigen können!

Es rächt sich auch hier der unverantwortliche Personalabbau im Bereich der Justiz!

Mittlerweile sind auf der hessischen Landkarte immer mehr Aufnahmelager abgebildet. Damit soll die in Gießen überfüllte HEAE und ihre Außenstellen entlastet werden.

Das wiederum führt die Polizeidienststellen in den Zuständigkeitsbereichen an ihre personellen Grenzen!

⁶„Mit der Folge, dass alle Beschäftigten aus dem Bereich der Wachpolizei mit Erlass vom 31.07.2015 ersucht wurden, personelle Unterstützung der Dienststellen im Rahmen der Betreuung der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen (HEAE) und deren Außenstellen zu leisten“. Dies sollte durch die eigenständige Vorplanung der Flächenpräsidien für die in deren Zuständigkeitsbereichen liegenden Einrichtungen gelingen. Die Frage stellt sich allerdings auch hier: wie lange sollen die Kolleginnen und Kollegen abgeordnet werden und wer schließt die personellen Lücken, die durch die Abordnungen entstehen? Heute wissen wir, dass es erst gar nicht zu diesen Abordnungen gekommen ist, weil kein ordnungsgemäßes

⁵ www.lpb-bw.de

⁶ Erlass LPP 32 v. 31.07.2015

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Beteiligungsverfahren eingeleitet wurde!

Letztlich und mit Blick auf den landesweiten Stellenabbau gerichtet, es soll an dieser Stelle klar gesagt werden, dass die hessischen Regierungspräsidien die Hauptlast der abzubauenen 1800 Stellen tragen, die bis 2019 abgebaut werden, führt dies dazu, dass die Ressortministerien freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Dienstverrichtung nach Gießen in das dortige RP unterstützend bereits entsendet haben.

Auch die Bereitschaftspolizei wurde bereits ersucht, eine Einsatz Einheit am Standort Wiesbaden (Mudra) bis zum 1. Februar 2016 nach Lich zu verlagern.

Damit einhergehend und vor dem Hintergrund der bereits seit Jahren ausgedünnten Personalressource Bereitschaftspolizei, die immer wieder auf Grund von Programmen und für

die Bewältigung neuer Kriminalitätsphänomene personell beschnitten wurde, ist die ursprünglich begründete Einsatzeinheit am Standort Wiesbaden, die auch durch das in Wiesbaden etablierte Headquarter der US – Armee unterstützen sollte, bereits Anfang 2016 Geschichte.

Inwieweit sich genügend freiwillige Kolleginnen und Kollegen finden werden, die in der Einsatzeinheit dann die notwendigen Funktionsstellen besetzen sollen, bleibt indes auch abzuwarten.

Nachwuchsgewinnung

Die Fehlstellenproblematik mit allen Facetten ist das größte Problem, das die hessische Landesverwaltung und damit auch die Polizei hat. Personalvertretungen und die GdP haben seit Jahren auf die Folgen eines sorglosen Umgangs mit dem demografischen Wandel hingewiesen. Nuncmehr hat es sich im Bereich der Nachwuchsgewinnung bestätigt: so hoch wie in diesem Jahr war die An-

zahl derer, die das begonnene Studium nicht bestehen oder gar freiwillig abbrechen noch nie! Mit der Folge, dass eine hundertprozentige Personalzuweisung zu den Versetzungsterminen erstmals nicht gelungen ist. Aber was haben die Kolleginnen und Kollegen im Streifenwagen, in den Ermittlungsgruppen, in den Kommissariaten oder anderswo davon? Ein deutliches „Mehr“ an Vorgangsdichte und damit einhergehend an physischer und psychischer Belastung!

Die zwischen den Diensten dringend notwendigen Erholungsphasen geraten angesichts des immer wieder benötigten Personals zur Farce. Die damit einhergehenden Entwicklungen liegen auf der Hand: nach einer stetigen Dauerbelastung folgen Krankheit und damit wieder ein Personalausfall, der kompensiert werden muss.

Und dies kann dauerhaft nicht auf den Rücken derer erfolgen, die „den Karren“ noch ziehen! **Jens Mohrherr**

GdP ERNEUT MIT EINSATZBETREUUNG VOR ORT

Tag der Deutschen Einheit: Großlage in Frankfurt

Aufgrund der aktuellen Ratspräsidentschaft fanden rund um den 3. Oktober die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit in Frankfurt am Main statt. Und was den Bürgerinnen und Bürgern im Stadtgebiet geboten wurde, konnte sich wirklich sehen lassen. Diese Lage, anzunehmende Gegenveranstaltungen sowie mögliche Störaktionen führten einmal mehr zu einem Großaufgebot der Polizei in der hessischen Wirtschaftsmetropole, und somit zu einer großen Belastung der eingesetzten Kollegen.

Es wirkt schon fast wie eine Selbstverständlichkeit, dass sich aus Anlass von polizeilichen Großlagen dankenswerterweise freiwillige Helferinnen und Helfer von der GdP und der Personalräte finden, um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu betreuen sowie zu intervenieren, wenn etwas – insbesondere im sozialen Bereich wie Verpflegung, sanitäre Einrichtungen und dergleichen – nicht so funktioniert, wie es eigentlich sein sollte.



So waren Vertreter der Polizeipersonalräte und Mitglieder – teils Pensionäre – der GdP-Bezirksgruppen Frankfurt, Südost- und Südhessen sowie der Bundespolizei am 2. und 3. Oktober im unermüdlichen Einsatz und standen für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen permanent als Ansprechpartner zur Verfügung. Verteiltes Eis, Schaumküsse und Gummibärchen sowie frischer Kaffee und Espresso wurden von den Beamtinnen und Beam-

ten aus dem gesamten Bundesgebiet am Verpflegungsstandpunkt Messe dankbar angenommen. Ebenso erfolgreich waren die mobilen Trupps, die die Leckereien auch direkt in den Einsatzräumen „an den Mann/die Frau brachten“.

Karin Schäfer von der Bezirksgruppe begrüßte bei der GdP-Motorradtour unter dem Motto „25 Jahre Deutsche Einheit – 25 Jahre Zusammenarbeit der Polizei in Ost- und Westdeutschland“ außerdem Innenminister Peter Beuth sowie den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GdP, Dietmar Schilff. Insgesamt waren 70 Biker aus allen Teilen des Landes angereist. Näheres siehe Artikel dazu im Bundes-

teil.

Der Dank der Organisatoren gilt den zahlreichen Freiwilligen, die ihre Freizeit dem Dienst an den im Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen opferten.

**Bernhard Huder,
BZG Südosthessen**



HERZLICH WILLKOMMEN IN DER GdP HESSEN!

Berufsvertretungsstunde mit tollem Erfolg für die GdP

An den vier Einstellungsstandorten Wiesbaden, Mühlheim, Gießen und Kassel konnten wir von der GdP Hessen Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlich begrüßen. Ihr habt Euren Dienst bei der hessischen Polizei zum 1. September angetreten und seit nun seit einigen Wochen im Dienst und sicher schon fleißig am Studieren.

An allen vier Standorten konnten wir das bewährte Konzept der letzten Jahre mit dem neuen Film und kompetenten Teams bei der Vorstellung der GdP und vielen Helfern im Nachklang der Betreuung an den Ständen der GdP umsetzen.

Wir konnten Euch liebe Kolleginnen und Kollegen, an unseren Ständen mit dem Fachhandbuch (in Kassel mit dem Geld für das Handbuch), als neue Mitglieder in der GdP begrüßen. Zudem habt ihr die GdP-Einsatztasche als Willkommensgeschenk bekommen.



Regen Andrang am Stand in Kassel

In zahlreichen Gesprächen konnten wir Euch von der Wichtigkeit und Notwendigkeit überzeugen, der stärksten Polizeigewerkschaft in Deutschland und Hessen gleich zu Beginn beizutreten. Nur eine starke Gewerkschaft kann sich schlagkräftig für die Interessen der Polizei einsetzen.

Seit aber nicht nur „Konsumenten“ unserer Gewerkschaftsarbeit, sondern macht gleich von Beginn an aktiv mit. Euer Ansprechpartner

ist die Junge Gruppe Hessen und die örtlichen Bezirksgruppenvorsitzenden. Schaut auf der Homepage der GdP Hessen nach, dort könnt Ihr uns erreichen. Auch findet Ihr hier immer aktuelle gewerkschaftliche Themen und die Kooperationspartner der GdP. Die Neuigkeiten könnt ihr Euch auch bequem als Newsletter abonnieren, oder die GdP-App kostenfrei runter laden.

Die GdP Hessen konnte euch zu diesem Einstellungstermin mit bis zu 95% an den verschiedenen Standorten für die GdP überzeugen.

Lasst uns gemeinsam in der „grünen Familie“ in dieser politisch schweren Zeit für unsere Rechte und Belange kämpfen.

Wir brauchen euch! Alle!

Stefan Ruppel



Unsere Teams in Kassel ...



... Gießen ...



... und Mühlheim.



Deutsche Polzeiangler bei der Europameisterschaft der Polizei in Szeged (Ungarn)

Vom 30. 8. 2015 bis 6. 9. 2015 fand in Szeged an der Weltmeisterschaftsruderstrecke die 28. Europameisterschaft der EPFC (European Police Fishing Company) statt.

An dieser Europameisterschaft der EPFC nahmen sieben Nationen (Ungarn, England, Irland, Niederlande, Belgien, Italien und Deutschland) mit mehreren Mannschaften teil. Frankreich und Österreich sagten Ihre Teilnahme leider ab.

Die PSVD (Polizei-Sportfischer-Vereinigung-Deutschland 2002 e.V.) fuhr mit 20 Teilnehmern nach Szeged.

Hierbei wurde ein Nationalteam, bestehend aus fünf Anglern, gestellt.

Des Weiteren stellten wir in der freien Wertung (Regional) noch 3 Teams à 5 Anglern.

Die PSVD ist ein Kopfverband des DAFV und stellt eine Nationalmannschaft zu dieser Veranstaltung.

Wir reisten alle am Samstag, dem 29. 8. 2015, an und wurden vor Ort im Hotel vom Veranstalter Herrn Laszlo Tomkovics mit einem selber gebrannten Palinka begrüßt.

Am nächsten Sonntagmorgen schauten wir bei einem ungarischen Nationalwettkampf zu, um erste Informationen über das Gewässer und die Angeltechnik zu erlangen.

Von Montag bis Donnerstag konnten wir dann bei traumhaftem Wetter an der Strecke trainieren. Hier wurde schnell klar, dass wir es mit kampfstarken Karpfen und Karauschen zu tun bekommen.

Am Mittwoch wurde dann vom Veranstalter ein Barbeque-Abend mit allen Nationen veranstaltet.

Hier konnten wir uns mit den Kollegen der anderen Nationen austauschen. Verständigt wurde sich überwiegend in Englisch und mit Händen und Füßen.

Da wir schon mehrere Jahre an dieser Veranstaltung teilnehmen, konnten alte Freundschaften wieder aufgefrischt werden und es wurde das ein oder andere ungarische Bierchen und Gläschen Palinka vernichtet.

Am Donnerstagabend fand dann das Losen der Plätze für die beiden Wettkampftage statt.

Gefischt wird nach den Regeln der EPFC, die vorschreiben, dass am ersten Tag nur mit einer unberingten Rute und am zweiten Tag nur mit einer Rollenrute gefischt werden darf.

An beiden Tagen wurde sehr gut Fisch gefangen. Die deutschen Teams hielten sich sehr gut immer unter den ersten sechs Mannschaften.

Am Samstag fand dann der letzte Wettkampftag statt.

Das deutsche Nationalteam konnte den 3. Platz hinter dem Europameister Ungarn und England erreichen.

Das deutsche Team III konnte in der Regionalwertung den 2. Platz erreichen.

Einige der deutschen Teilnehmer erreichten auch eine Platzierung unter den ersten 50 Einzelanglern, was durch eine tolle Ehrengabe honoriert wurde.

Den Abschluss bildete der gemeinsame Galaabend im Hotel, bei dem auch die Siegerehrung durchgeführt wurde.

An diesem Galaabend wurden auch Gastgeschenke an den Ausrichter übergeben.

Hier konnten durch den ersten Vorsitzenden der PSVD, Christian Spangenberg, von der GdP Main-Kinzig gestiftete Teddybären und Tassen überreicht werden. Zusätzlich wurde Herrn Tomkovics im Namen der PSVD eine Gedenktafel geschenkt.

Die beiden GdP-Teddybären gingen an zwei ungarische Kollegen, die vor Kurzem erst Eltern geworden waren. Die beiden Kinder haben sich sehr über die Bären gefreut.

Hierzu ist noch anzufügen, dass ein ungarischer Kollege umgerechnet ca. 700 € im Monat verdient! Die Kosten sind aber schon der EU angeglich. Ungarn ist Mitglied der EU, aber nicht Mitglied in der Währungsunion.

Die Europameisterschaft der Polizei findet jedes Jahr immer im Wechsel in einem der Mitgliedsländer statt. Nächstes Jahr sind wir in Italien in der Nähe von Verona am Gardasee.

Diese Veranstaltung dient auch der Verständigung der Polizeibeamten über die Grenzen Deutschlands hinaus. Es werden bei dieser Veranstaltung viele Freundschaften geknüpft und auch rege gepflegt.

Interessierte Kollegen können sich unter www.PSVD.de erste Informationen holen. Gerne stehe ich auch für Fragen zur Verfügung. Für Informationen zur EPFC kann die Homepage unter www.Policematchfishing.com eingesehen werden.



Das deutsche Nationalteam: Harald Seifert (Saarland), Michael Kreuz (Rheinland-Pfalz), Andreas Arendt (Berlin), Ludwig Fröschl (Bayern) und Christian Spangenberg (Hessen).



Der GdP-Teddy sorgte für Freude.

**Christian Spangenberg,
PASt. Langenselbold**



Meinung zum Leserbrief des Kollegen von Rebenstock, PP SOH

In Wirklichkeit ist es noch viel schlimmer um die hessische Polizei bestellt.

Mittlerweile zum Büttel und Befehlsempfänger degradiert, sind wir zum Spielball und Prügelknaben der politischen Parteien geworden.

Dass die Parteien Die Linken und Die Grünen der Exekutive insgesamt nicht wohlgesonnen sind, ist, nicht zuletzt nach den Bekenntnissen anlässlich der EZB-Eröffnung, hinreichend bekannt.

Dass die Partei CDU jetzt aber gezielt die Polizei und Justiz de facto handlungsunfähig durch ihre Personalpolitik und Abkopplung der Tarifierhöhungen macht, ist nicht nachvollziehbar.

Manch ehemaliger Ministerpräsident der CDU würde sich im Grabe umdrehen.

Diese Regierungskoalition (eine Partei, die an der Macht bleiben, und eine Partei, die an die Macht kommen will) verdient nicht die Loyalität, die wir ihr entgegenbringen müssen.

Um Politiker zu sein, benötigt Mann/Frau keine Qualifikation oder Leistungsnachweis.

Gesunder Menschenverstand und Fingerspitzengefühl sind nicht vorhanden.

So lassen sich zwar manch zweifelhaft politische Entscheidungen erklären, aber nicht, dass die Landesbeamten insgesamt vorgeführt werden.

An den Landesbeamten wird willkürlich gespart, obwohl diese das „Land Hessen“ am Leben erhalten und zu dem gemacht haben, wie es ist.

Als Dank dafür wurden wir an dem Wohlstand nicht beteiligt und sind zum „Sparopfer“ geworden.

Wenn jetzt der Finanzminister großspurig erklärt, dass Mehrausgaben von über 300 Millionen Euro aufgrund der Flüchtlingssituation das geplante Sparziel für 2015 nicht gefährdet, so frage ich mich, warum eine verdiente Gehaltserhöhung im Umfang von 120 Millionen für die Landesbeamten vor einem halben Jahr als absolut nicht vertretbar gegolten hat und immer noch gilt.

Kritik aus den Reihen der Polizei gilt bei manchem Regierungspolitiker als „Majestätsbeleidigung“ und es wird mit Maßnahmen nach dem Beamtenrecht gedroht.

Es ist viel einfacher, als „Grüß-August“ bei einer Veranstaltung oder Eröffnung eines neuen Polizeireviers aufzutreten, Hände zu schütteln und eine wichtige Rede zu halten.

Dies kostet nichts und macht einen guten Eindruck.

Ach ja, außerdem stehen da noch junge Beamte und ausreichend Führungskräfte, die alle gut gestylt lächelnd in die Kamera blicken.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Behördenleiter und Führungskräfte des höheren Dienstes erwähnen, die vor geraumer Zeit pressewirksam geschlossen und gleichzeitig aus der GdP ausgetreten sind.

Damit wurde signalisiert, dass innerhalb der GdP nur noch Beamte niederen Ranges vorhanden sind und eine Polizeigewerkschaft keine Legitimation mehr hat.

Dieser geleistete Bärenienst hat dazu geführt, dass die Polizei wie ein Tanzbär am Nasenring von jedermann vorgeführt wird.

Der Dienstherr hat mittlerweile die Fürsorgepflicht eingestellt und soziale Aspekte werden in der Realität nicht umgesetzt.

Die Personalräte wurden lahmgelegt und dürfen nur noch an dem Tisch sitzen, weil es gesetzlich so geregelt ist.

Wirkliche Mitsprache bei den wichtigen Entscheidungsprozessen gibt es nicht.

Ich könnte noch viel mehr schreiben über den tatsächlich Zustand innerhalb der Polizei, insbesondere der „Führungskräfte“, die verstärkt über 50-jährige Mitarbeiter zum Amtsarzt schicken, weil diese in einem bestimmten Zeitraum mehr als 42 Tage krank waren oder z. B. unter Altersdiabetes leiden.

Mir drängt sich der Verdacht auf, dass dies in Zukunft systematisch betrieben wird, um Mitarbeiter, die bevorzugt zwischen dem 55. und 59. Lebensjahr sind, zwangsweise früh-

zeitig in den Ruhestand zu versetzen.

Jeder kann sich ausrechnen, wieviel ihm an Pension dann fehlt und welch große Summe der Dienstherr insgesamt sparen könnte (inklusive der Einsparung der Einmalzahlung von 4000 € bei Erreichen der Pensionsgrenze).

Aber ich habe keine Lust.

Ich könnte kotzen, und zwar den ganzen Tag.

**Kurt Britz,
PP SOH**

Leserbriefe bitte an GdPHessen@t-online.de senden.

Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Leserbriefe geben nur die Meinung des Einsenders wieder. Die Redaktion behält sich bei Zuschriften die Auswahl und das Recht der sinnwahren Kürzung vor.

Die Red.



50-jähriges Dienstjubiläum des Polizeianwärterlehrganges 54 b (PAL 54 b)

Am Dienstag, 15. 9., und Mittwoch, 16. 9. 2015, trafen sich die ehemaligen Anwärterkollegen und deren Ausbilder des Polizeianwärterlehrganges 54 b zu ihrem 50-jährigen Dienstjubiläum in der IV. Abteilung der Hessischen Bereitschaftspolizei in Kassel.

Die sich inzwischen alle im verdienten Ruhestand befindlichen Männer, die am 1. 10. 1965 bei der II. Abteilung der HBP bei der 6. Hundertschaft in Kassel in der Friedrich-Ebert-Str. ihre Polizeiausbildung begannen, hatten dazu auch ihre Ausbilder Arno Becker, Gerhard (Jim) Hoffmann, Rolf Dieter (Jo) Henn, Michael Mönch und Gerhard Dworog eingeladen.

Begrüßt wurden die Kollegen von der Abteilungsleiterin, der Kriminaloberärztin Beate Theis und Polizeihauptkommissar Ralf Engel.

Nach kurzen Erläuterungen der neuen Ausbildungsstrukturen und den laufenden und beabsichtigten Baumaßnahmen in der IV. Abteilung



Vorn: Lothar Baldszuhn (Fotograf). 1. Reihe von links: Rudolf Bäuml, Helmut Linge, Werner Fleischer, Gerd Maase, Michael Mönch, Peter Ruckdeschl; 3. Reihe von links: Rolf Gromoll, Ilfried Assmann, Eberhard Regber, Jürgen Deichmann, Gerhard, (Jim) Hofmann, Walter Wolf; Letzte Reihe von links: Rolf-Dieter (JO) Henn, Hans-Jürgen Gilemroth, Winfried Möller, Ulrich Speich, Klaus Brand, Arno Becker, Harald Becker.

folgte ein Rundgang auf dem Gelände.

Ulrich Speich, der gemeinsam mit Werner Fleischer, Helmut Linge und Jürgen Deichmann das Treffen vorbereitet bzw. organisiert hatte, führte mit einer Power-Point-Präsentation Bilder der zahlreichen, d. h. insgesamt 16 regelmäßigen Treffen an verschiedenen Orten in ganz Hessen vor. Bei den jeweiligen Treffen wird in einer Schweigeminute an die zwischenzeitlich insgesamt sechs verstorbenen Kollegen gedacht.

Winfried Möller ging anschließend auf einige Besonderheiten und Episoden während der Grundausbildung ein.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen in der Gaststätte Knallhütte klang der erste Tag in gemütlicher Runde im Hotel Papen Anne mit vielen Erinnerungen und Gesprächen aus.

Am zweiten Tag stand der Besuch des Weltkulturerbes Herkules mit den Wasserspielen am Nachmittag auf dem Programm.

Nach dem Abstieg entlang der Kaszkaden ging man froh und zufrieden über die zurückliegenden schönen und erlebnisreichen Stunden wieder auseinander mit dem festen Entschluss, diese Treffen ab sofort jährlich zu wiederholen.

Winfried Möller

Termine

18. 11. 2015, Preisskat Kreisgruppe Mudra

8. 12. 2015, 3. Hess. GdP-Meisterschaft im Tischtennis, Fulda

JUBILAR & STERBEFALL

40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:

Alexander Geisel
Kreisgruppe Limburg-Weilburg

Es starb:

Lothar Glebe
Kreisgruppe HBP Kassel

Wir werden dem Verstorbenen
ein ehrendes Andenken
bewahren!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

